



BKK Dachverband e.V. ✦ Mauerstraße 85 ✦ 10117 Berlin

Ausschließlich per Mail an

die Minister:innen für besondere Aufgaben, für
Arbeit und Soziales, der Finanzen, für Gesundheit,
für Wirtschaft und Energie;
die (stellvertretenden) Fraktionsvorsitzenden;
die Gesundheitsminister:innen der Bundesländer;
die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit

Anne-Kathrin Klemm
Vorständin

BKK Dachverband e.V.
Mauerstraße 85
10117 Berlin
TEL. (030) 2700406-200
anne-kathrin.klemm@bkk-dv.de

26. November 2025

Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zügig beenden – Sparpaket beibehalten

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

die Anrufung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Befugnisenerweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege (BEEP) durch den Bundesrat am letzten Freitag ist eine schlechte Nachricht für 75 Millionen gesetzlich Versicherte und die Arbeitgebenden dieses Landes. Denn ohne die dort vorgesehenen Einsparungen werden die Beiträge der Krankenkassen zum Jahreswechsel noch stärker steigen als sie es ohnehin schon tun. Wie Bundesministerin Warken in ihrem Schreiben an die Länder dargelegt hat, wäre in diesem Fall von einem Anstieg des ausgabendeckenden Beitragssatzes auf 3,0 Prozent und entsprechend höheren Beitragssätzen auszugehen.

Bei der Haushaltsplanung legen die Krankenkassen auch den Zusatzbeitragssatz für das kommende Jahr fest. Zahlreiche Krankenkassen werden ihn erhöhen müssen, da die Ausgaben weiterhin schneller wachsen als die Einnahmen. Zudem müssen die Krankenkassen ihre Rücklagen auffüllen, denn die gesetzliche Mindesthöhe ist bei vielen Kassen nicht mehr erreicht. Dabei müssen sie auch auf den vom BMG veröffentlichten durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz von 2,9 Prozent hinweisen. Ohne ein Sparpaket in Höhe von mindestens 2 Mrd. Euro für das Jahr 2026 verlöre diese gesetzliche Vorgabe aber ihre inhaltliche Grundlage.

Die Folgen der politischen Kontroverse zwischen Bund und Ländern sind Verunsicherung und Verlust des Vertrauens der Beitragszahlenden sowie der Arbeitgebenden in eine handlungsfähige und verlässliche Politik. Nun ist erneut unklar, mit welchen Ausgaben für die Gesetzliche Krankenversicherung im nächsten Jahr zu rechnen ist. Auch können die Krankenkassen ihre Versicherten nicht transparent über die Höhe des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes und die entsprechende Abweichung davon informieren.

Darum brauchen die Beitragszahlenden jetzt von Ihnen entsprechende Entscheidungen, damit die Gesetzliche Krankenversicherung in 2026 zumindest in Höhe von 2 Mrd. Euro entlastet wird, wie von der Bundesregierung angekündigt wird.

Das vom Bundestag beschlossene Sparpaket ist ein erster guter Schritt zur finanziellen Entlastung der Versicherten und der Wirtschaft, dem schnell weitere folgen müssen. Die Aussetzung der Meistbegünstigungsklausel ist eine berechtigte Maßnahme. Weitere sinnvolle Einsparvorschläge liegen auf dem Tisch. Angesichts der großen Herausforderungen könnten die finanziellen Einsparbeträge ambitionierter und auf mehr Schultern verteilt werden: Neben den Krankenhäusern und den Krankenkassen sollten die Pharmaindustrie und der vertragsärztliche Bereich beteiligt werden. Und zwar beispielsweise durch eine Bereinigung der Doppelvergütung bei Fachärzten oder eine befristete Erhöhung des Herstellerabschlags.

Wir erwarten jetzt schnelle und tragfähige Entscheidungen. Für einen konstruktiven und lösungsorientierten Austausch stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anne-Kathrin Klemm
Vorständin BKK Dachverband
Federführung

Oliver Blatt
Vorstandsvorsitzender
GKV-Spitzenverband

Carola Reimann
Vorstandsvorsitzende
AOK Bundesverband

Jürgen Hohnl
Geschäftsführer IKK e.V.

Petra Brakel
Geschäftsführerin KNAPPSCHAFT

Gerhard Sehnert
Geschäftsführer SVLFG

Ulrike Elsner
Vorstandsvorsitzende vdek